

**PLANZEICHEN** Es gilt die BauNVO 1990 I. FESTSETZUNGEN **RECHTSGRUNDLAGEN** GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES § 9 Abs. 7 BauGB (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen: **ART DER BAULICHEN NUTZUNG** § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB §§ 1 - 11 BauNVO MISCHGEBIETE § 6 BauNVO MAß DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 16 BauNVO GRUNDFLÄCHE ALS HÖCHSTMAß ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTMAß MAX. FIRSTHÖHE DER BAULICHEN ANLAGEN ÜBER OBERKANTE ERDGESCHOSSFERTIGFUßBODEN über OKEF § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB **BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN** §§ 22 und 23 BauNVO OFFENE BAUWEISE ABWEICHENDE BAUWEISE BAUGRENZE VERKEHRSFLÄCHEN § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB STRAßENBEGRENZUNGSLINIE STRAßENVERKEHRSFLÄCHEN FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE § 9 Abs. 1 Nr. 12,14 BauGB ABFALLENTSORGUNG UND ABWASSERBESEITIGUNG **SOWIE FÜR ABLAGERUNGEN** ELEKTRIZITÄT (TRANSFORMATORENSTATION) **GRÜNFLÄCHEN** § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB PRIVATE GRÜNFLÄCHEN PARKANLAGE § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSER **WIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND REGELUNGEN DES WASSERABFLUSSES** WASSERFLÄCHEN ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIET FLÄCHEN FÜR LANDWIRTSCHAFT UND WALD § 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB FLÄCHEN FÜR WALD PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, FLÄCHEN ODER § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und 1a BauGB MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR **ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT** § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT UMGRENZUNG VON FLÄCHEN MIT BINDUNGEN § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB FÜR BEPFLANZUNG UND FÜR DIE ERHALTUNG

VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN

BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN ERHALTUNG VON BÄUMEN

MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN § 9 Abs. 1 Nr. 21 ZU BELASTENDE FLÄCHEN BauGB ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG § 16 Abs. 5 BauNVO

### II. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

VORHANDENE BAULICHE ANLAGEN VORHANDENE FLURSTÜCKSGRENZEN

FLURSTÜCKSBEZEICHNUNGEN III. NACHRICHTLICHE MITTEILUNGEN

WALDSCHUTZSTREIFEN

§ 24 LWaldG

## **TEIL B: TEXT**

Es gilt die BauNVO 1990

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit §§ 1 - 15 BauNVO)

1.1 MISCHGEBIET (§ 6 BauNVO)

(1) Gemäß § 1 (5) BauNVO sind die in § 6 (2) Nr. 8 BauNVO aufgeführten Vergnügungsstätten (im Sinne des § 4a (3) Nr. 2 BauNVO in den Teilen des Gebietes, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind) nur ausnahmsweise zulässig.

(2) Gemäß § 1 (5) i.V. mit (9) BauNVO sind Einzelhandelsbetriebe nur bis zu einer Verkaufsfläche von

2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit §§16 - 21a BauNVO) 2.1 GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 19 BauNVO)

(1) Die festgesetzte max. zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen der in § 19 (4) Satz 1 bezeichneten Anlagen bis zu einer Grundflächenzahl von insgesamt max. 0,65 überschritten

3. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

(§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V. mit §§ 22, 23 BauNVO) 3.1 BAUWEISE

In der abweichenden Bauweise sind auch Gebäude mit einer Länge von mehr als 50 m bei Einhaltung des seitlichen Grenzabstandes zulässig.

4. MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) Auf der festgesetzten Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und

5. HÖHENLAGE DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 (3) BauGB) Die Erdgeschossfußbodenhöhe der baulichen Anlagen darf max. 0,60 m betragen, gemessen von der mittleren Höhenlage des zugehörigen Straßenabschnittes, vermehrt um das Maß der natürlichen Steigung.

Ausgearbeitet im Auftrag der Gemeinde Grömitz durch das Planungsbüro Ostholstein, Tremskamp 24, 23611 Bad Schwartau, www.ploh.de.

#### PRÄAMBEL

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 06.03.2014 folgende Satzung über die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58.1 der Gemeinde Grömitz für ein Gebiet Am Schoor nördlich des Bauhofes und nordwestlich des Scheedbeeks -Golfplatz-, bestehend aus der Planzeichnung

#### **VERFAHRENSVERMERKE**

- 1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses des Ausschusses für Verkehr, Bauwesen und Umwelt vom 14.11.2012. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Abdruck in den "Lübecker Nachrichten - Ostholsteiner Nachrichten Nord" am 04.12.2012
- 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist vom 17.12.2012 bis zum 11.01.2013
- 3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein könnten, wurden nach § 4 Abs. 1 i.V. mit § 3 Abs. 1 BauGB am 20.06.2013 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- 4. Der Ausschuss für Verkehr, Bauwesen und Umwelt hat am 22.10.2013 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- 5. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 16.12.2013 bis zum 27.01.2014 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interressierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 05.12.2013 durch Abdruck in den "Lübecker Nachrichten - Ostholsteiner Nachrichten Nord" ortsüblich bekannt
- 6. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am 10.12.2013 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Grömitz, 15.08.2014 (Burmeister)

7. Der katastermäßige Bestand am 01.07.2014 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

Eutin, 14.08.2014

- Bürgermeister

- Öffentl. best. Verm.-Ing. -8. Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher

der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen und die Begründung durch (einfachen) Beschluss gebilligt.

Belange am 06.03.2014 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden. g Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 06.03.2014 von

Grömitz, 15.08.2014 (Burmeister) - Bürgermeister

10. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Grömitz, 15.08.2014 (Burmeister) Bürgermeister

11. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung und die Stelle, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, sind am 20.08.2014 durch Abdruck in den "Lübecker Nachrichten -Ostholsteiner Nachrichten Nord" ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkung des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am 21.08.2014 in Kraft getreten.

Grömitz, 21.08.2014 - Bürgermeister

Diese digitale Fassung entspricht der rechtsverbindlichen Satzungsausfertigung SATZUNG DER GEMEINDE GRÖMITZ

# ÜBER DIE 3. ÄNDERUNG DES **BEBAUUNGSPLANES NR. 58.1**

für ein Gebiet Am Schoor nördlich des Bauhofes und nordwestlich des Scheedbeeks

# ÜBERSICHTSPLAN

M 1: 5.000

§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB

